

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 12

Artikel: Wie diese Partei verändern?
Autor: Strahm, Rudolf H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339777>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hoffen und Bangen auszudrücken vermögen, und daran ist immerhin niemand zugrunde gegangen.

Hoffnung und Utopie:

Die beiden Herren treten vor, entschuldigen sich dafür, dass sie überhaupt vorsprechen würden, erklären sich ausserstande, uns irgend eine Predigt zu halten, als dass sie uns nur zusprechen möchten, Hoffnung zu leben und sie auszudrücken: wir sollten doch unsere Waffen hinglegen und ruhig nach Hause gehen, zur Arbeit, zur Familie, wir sollten uns nicht scheuen, unsere Liebe auszudrücken, denn dies wäre der wirkliche Ausdruck der Solidarität. Sie würden mit uns gehen, möch-

ten uns aber bitten, ihre Einladung nicht falsch zu verstehen, sie wären nicht gegen diese Gesellschaft eingestellt, im Gegenteil, aber sie würden ihre Verpflichtung spüren, Hoffnung wirklich auszudrücken, wie sie es eben getan hätten.

Einige treten vor, legen ihre Sturmgewehre hin.

Andere murren.

Ein Hauptmann schreit, wo denn da die Disziplin bleibe und er befehle uns, sofort in Reih und Glied zu treten.

Die Einheit aber ist dahin, es gibt erregte Diskussionen, und niemand bewegt sich auf die Befehle der Offiziere hin zur Arbeit, die man hierzulande «WK» nennt.

das war nicht meine Argumentationslinie. Dieser Unterschied ist mir wichtig!

Nach den eher gehässigen Artikeln von Andreas Gross, Peter Sträuli und François Masnata stelle ich fest, dass auf diese drei Rückfragen keine Antworten vorliegen. Viele wichtige Bemerkungen wurden hinzugefügt. Einige Belehrungen nehme ich durchaus zur Kenntnis; z.B. die, dass François Masnata mit der Groupe d'Yverdon nicht gleichzusetzen ist. Aber Antworten auf die gestellten Fragen oder gar weiterführende Überlegungen blieben bis jetzt aus.

Wie kann und soll die Partei verändert werden? Wie können Stagnation und Blockierung überwunden werden? Wie können alternative basisdemokratische Formen in der Partei Fuss fassen? Die Frage nach der Öffnung der Parteiarbeit für neue, alternative Formen politischen Handelns wurden zwar als Frage bestätigt, aber sie steht immer noch unbeantwortet im Raum! Dies ist für mich die wichtigste vorläufige Feststellung nach der bisherigen Diskussion, die hoffentlich nur eine Zwischenetappe ist.

Kein Diskussionschluss

Weil bisher die Antworten ausblieben, verzichte ich auf das angeforderte Schlusswort zur Debatte. Vielmehr möchte ich selber mit einigen Antworten, nicht mit der Antwort, die Diskussion weiterführen.

Der Ausgangspunkt ist der desolate Zustand der SP, was die Werbung und Mobilisierung betrifft. Als politisches Meinungs- und Willensbildungsorgan ist die Sozialdemokratie von ausserparteilichen Entwicklungen längst überholt. Wir alle stellen — schmerzlich oder befriedigt, je nach politischem Standort — fest, dass die Politisierung heute ausserhalb

Rudolf H. Strahm

Wie diese Partei verändern?

SPS-Zentralsekretär Rudolf H. Strahm hat sich in der Roten Revue 7/8, 1981 mit dem Buch «Mut zum Handeln» von François Masnata auseinandergesetzt. Dieser Artikel hatte die heftige Reaktion von Juso-Präsident Gross, vom Autor Masnata selber und von Parteimitglied Peter Sträuli zur Folge. Im folgenden Artikel nimmt Strahm die Diskussion wieder auf und führt sie weiter.

Hauptsächlich drei kritische Anfragen habe ich gegenüber François Masnatas Buch geäussert:

1. Masnatas Politik erschöpfe sich in der zermürbenden und im Endeffekt lähmenden innerparteilichen Ausein-

ander-
setzung, er fixiere die Kräfte aufs «Anti» statt aufs Alternative.

2. Masnata unterlasse es, eine Theorie und die Möglichkeiten der politischen Mobilisierung aufzuzeigen. Seine Rezepte für die Veränderung der Partei blieben im Abstrakten hängen.

3. Masnata huldige mit seiner Fixierung auf programmatische Linienklärungen einem Pro-

grammfetischismus und erliege der Illusion, dass mit dem Durchdrücken eines neuen Programms Menschen verändert oder eine klare SP-Linie erzielt werden könnten.

Ich habe in meiner Kritik bedauert, dass die bedrängenden Zeitprobleme, wie sie etwa von Erhard Eppler, André Gorz, Johano Strasser und dem NAWU-Bericht formuliert worden sind, bei ihm fehlen. Ich habe meinen Artikel mit dem zusammenfassenden Titel versehen: Zuviel Anti zuwenig Anders. In der Roten Revue ist er dann unter dem Titel «Zuviel Theorie – zuwenig Praxis» abgedruckt worden; aber gerade

der Partei, ja ausserhalb aller Parteien, stattfindet. Dies gilt besonders für jene vier Bereiche, in denen derzeit die politische Bewusstseinsbildung am virulentesten ist:

- Umwelt und Alternativbewegung
- Frauenbewegung
- Entwicklungspolitische Bewegung
- Friedensbewegung

Allen diesen Bewegungen gemeinsam ist ein basisdemokratisches Moment. Wer dort mitmacht, ist thematisch meist auf *ein* Gebiet fixiert, obschon zwischen allen vier Bereichen Verwandtschaft in den Wertvorstellungen besteht. Für die Beteiligten ist in «ihrem» Bereich Politik nicht eine gewöhnliche politische Sachfrage, sondern eine existenzielle Frage mit emotionaler Verstärkung aus einem persönlichen Engagement heraus. Die politische Motivation kommt nicht nur vom Kopf, sondern «vom Bauch» her. Ziel ist nicht so sehr das «Politik-Machen», sondern das «Leben-Machen». Die wichtigste Frage für die Sozialdemokratie hat Peter Sträuli in seiner Antwort so formuliert: «Warum sind die Tausenden von aktiven Bürgern in den developmentpolitischen und Anti-Atom-Komitees nicht in die Partei eingetreten?» Dieser Frage muss man jetzt tiefer auf den Grund gehen.

Mobilisierungsschwäche

Die gegenwärtige *Altersstruktur* der Partei ist, es ist schon öfters betont worden, für die Zukunft unheilvoll. Etwa die Hälfte der Mitglieder ist wahrscheinlich über 55-jährig. Würden von jetzt an keine Neueintritte erfolgen, so würde sich die Partei bis in die 1990er Jahre zahlenmässig halbieren. Dieses nun schon oft zitierte Alarmzeichen ist die Folge der seinerzeitigen

Unterlassungen an parteiinterner Arbeit jener, die heute vom Richterstuhl des arrivierten und bestandenen Altpolitikers herab die zahlenmässige Stagnation der Partei zum Anlass ihrer parteiinternen Kritik nehmen. Über ihre Unterlassungssünden hinaus muss natürlich auch die geistige Situation der Hochkonjunktur und die Demobilisierung in den 50er und 60er Jahren in Rechnung gestellt werden.

Das traditionelle Rekrutierungsfeld der Partei, nämlich die Arbeiterschaft, ist nicht mehr sehr ergiebig. Auch jene, die «den Arbeiter» als Adressaten der Sozialdemokratischen Politik ständig heraufbeschwören, sind nicht in der Lage, die Arbeiterschaft noch in die Partei hineinzuziehen. Und zwar auch dort nicht, wo keine Linksintellektuellen da sind, die den Arbeitern den Weg in die Partei angeblich versperren.

Auch bei der Jugend besteht keine grosse Mobilisierungsfähigkeit der SP, — und natürlich aller andern Parteien noch weniger. Es gibt *nur vereinzelte SP-Mitglieder im Alter unter 25 Jahren*. Wo vor Jahrzehnten die Roten Falken und die Sozialistische Jugend zu tausenden waren, gibt es im Parteiumfeld nichts ähnliches mehr. Die Schweizerischen Jungsozialisten (JUSO) sind erfreulicherweise in der letzten Zeit wieder aktiver geworden. Aber trotz Selbstverwaltungs-Programmatik ist ihnen, wenigstens von aussen betrachtet, kaum eine Basisdemokratie gelungen: Gegen aussen gibt es nur den Präsidenten. Von der SPS kennen die Aussenstehenden neben dem Präsidenten meist noch weitere Namen, von den JUSO aber nur einen. Abgesehen davon, dass im 16-köpfigen Vorstand der Schweizerischen Jungsozialisten keine einzige Frau sitzt.

Ebenso die sogenannten Vorfeld-Organisationen der Partei, die Arbeiter-, Sport- und Kulturorganisationen, sind heute nicht mehr parteinah und zum Teil überaltert. Einige haben den Anschluss verpasst. Neben dem Arbeiter-Touringbund ist der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) entstanden. Neben den Naturfreunden, die sich immer als grün verstanden haben, die grüne Bewegung.

Mobilisierung wodurch?

Woher soll denn die Verstärkung kommen? Wo sind denn die politischen Kräfte, die der sozialdemokratischen Politik mehr Stosskraft bringen? Sie sind eindeutig in jenen Bereichen zu suchen, aus denen heute die Frauenbewegung, die Alternativbewegung, die Bürgerinitiativen, die Dritte-Welt- und Friedensbewegungen herkommen. Es sind politisierte Bürgerinnen und Bürger aus der «radikalen Mitte», mit einem grün-roten oder rot-grünen Radikalismus, der nicht mit den geistesgeschichtlichen Strömungen des Sozialismus (erste, zweite, dritte, vierte Internationale etc.) zu definieren ist.

Es wäre meines Erachtens falsch, zuerst nach den sozialen Schichten zu fragen, oder klassenmässige Zielgruppen festzulegen, die wir bei der Öffnung der Partei taktischerweise anvisieren müssten. Denn die erwähnten Bewegungen lassen sich nicht primär nach der sozialen Klasse festlegen, sondern nach dem *Stil der politischen Arbeit*. Mit den heutigen Strukturen und Arbeitsformen bleibt die Aufnahmekapazität der SP gering, und sie kann weder einer politischen Heimat noch einen politischen Briefkasten für diese Aktiven anbieten. Auch die abstrakten und theoretischen Programmdebatten in der Partei wirken für sie nicht attraktiv!

Es braucht Anstrengungen zur *Öffnung der Parteistrukturen*. Es braucht ausserstaatliche Aktivitäten, ohne dass die Beteiligung im Staat zu suspendieren wäre. Es braucht *basisdemokratische Arbeitsformen in der Partei*, aber ohne die Illusion, Parteiveranstaltungen müssten gleich zu einer Art jugendbewegter Vollversammlungen werden.

Es braucht Anstrengungen, den «credibility gap», die Vertrauenslücke, zu überbrücken. Man glaubt der Partei nicht, dass sie Selbstverwaltung, Wachstumsbegrenzung oder was auch immer sie fordert, in die politische Tat umzusetzen gewillt und in der Lage ist. Denn sie liefert mit ihrem Gesamterscheinungsbild täglich Beweise, dass sich ihr Verlautbarungssozialismus nicht in der beharrlichen Insistenz in den Behörden niederschlägt.

Hier nun *vorläufig drei Stossrichtungen* für die politische Umsetzung des Gesagten:

1. Öffnung der Parteistrukturen mit offenen sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften
2. Ermöglichung eines internen Bildungsprozesses
3. Herstellung von Vertrauen in die sozialdemokratischen Aktivitäten im staatlichen Bereich

Offene Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaften

Die Absicht, Leute aus den Alternativbewegungen aus den Bürgerinitiativen einfach zu tausenden in die Partei zu holen und zu SP-Mitgliedern zu machen, scheint mir *illusionär*. Viele wollen bei *ihrem* Thema bleiben und nicht jedesmal 10 Traktandenpunkte absitzen.

Deswegen brauchen wir eine organisatorische Öffnung der Partei. Ein Weg dazu bestünde

in der *Ermöglichung offener sozialdemokratischer Arbeitsgemeinschaften*, in denen themenzentriert die Zusammenarbeit von SP-Mitgliedern und ausstehenden politisch interessierten Bürgern(innen) durchführbar ist. (Solche Arbeitsgemeinschaften haben mit den bestehenden ASG's in Zürich und Basel fast nur den Namen gemeinsam.) Ein lokales Politikum, der Streit um eine Umfahrungs- oder Quartierstrasse, der Vorstoss für ein Frauenhaus, die Erhaltung eines abbruchbedrohten Milchladens an der Ecke, der Kampf um Reduzierung der Klassengrössen in Schulen — kurz die Betroffenheit, auch ihre emotionale Seite, der Zorn, die Enttäuschung — sollen in einer solchen Arbeitsgemeinschaft in die politische Aktion umgesetzt werden.

Der *politische Stil* kann und soll anders sein: Die Arbeit an *einem* Thema steht im Vordergrund. Die Betroffenheit soll sich emotional umsetzen. Der präsidiale Stil weicht gruppendynamischen Prozessen, die viel mehr Bewusstseinsbildung zulassen würden.

Die Partei (Sektion, ausnahmsweise Kantonalpartei oder SPS) soll selber solche Arbeitsgemeinschaften anregen können. Sie soll zum Beispiel eine Kerngruppe bezeichnen, welche selber Aussenstehende, auch Nichtmitglieder hereinholen.

Früher oder später sollen die Verbindungsleute zur Partei auch Vorschläge und Anträge in die Parteigremien hineinbringen. Die Partei wird so zum Hebelarm, um in die staatlichen Strukturen hineinzuwirken. Aber sie wird dadurch auch stärker, ihr Fachwissen wird verbessert, ihr Vertrauen zu Aussenstehenden verstärkt. Sie bleibt eine Partei und wird

nicht zur Bürgerinitiative oder Selbsterfahrungsgruppe, aber durch diese «Auffransung» wird sie offener. Die Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften, oder wie sie sich dann nennen, sollen und müssen auch die Funktion übernehmen, welche früher die sogenannten Vorfeld-Organisationen viel stärker pflegten.

Interner Bildungsprozess

Wenn man vor 30 oder 50 Jahren die Sozialdemokraten nach ihren Zielen und ihrem Selbstverständnis fragte, dann war ihnen die Antwort klar: ungeachtet, ob links oder rechts in der Partei angesiedelt, war es die Solidarität im Kampf gegen Armut, Ausbeutung im Kapitalismus. Heute ist die gemeinsame Identität, bedingt durch den Bruch im Wertsystem in der ganzen Gesellschaft, schwer auf einen Nenner zu bringen. Solidarität im Kampf für was, gegen was? Das *sozialdemokratische Selbstverständnis ist segmentiert*, so gut wie die Partei segmentiert ist.

Hier hat die *innerparteiliche Bildungsarbeit* eine wesentliche Funktion. Sie hat die Aufgabe, die Identität im Dialog wieder herzustellen. Die Arbeiter in der Partei müssen verstehen lernen, was die Jüngeren mit ihrem Friedensanliegen anstreben; und die Jüngeren müssen Verständnis finden für die Fortführung der Sozialversicherung oder den Lohnausgleich zum Beispiel. Man kann die verschiedenen Wertvorstellungen nicht verschmelzen, aber man kann gegenseitiges Verständnis herstellen, im Sinne einer *Interessenbalance*. *Kommunikation herstellen ist die wichtigste politische Aufgabe in der Partei, besonders auch in der Sektion*. Um Wertkonflikte auszutragen, ist der alte präsidiale Stil keine Lösung. Stattdessen

braucht es pädagogische Prozesse. Es braucht neue Methoden. Es braucht *basisdemokratische Ansätze*. Deshalb, als erster Schritt, die Ausbildung von Bildungsbeauftragten, die in Sektionen und Kantonalparteien mithelfen, die Kommunikation zu verbessern und die auch die Funktionen der früheren Vertrauensleute wieder aufnehmen.

Wir haben durch den Parteitagebeschluss von 1980 die Möglichkeit und statutarische Pflicht, auf SPS-Ebene 10 Prozent der Finanzmittel und Kapazitäten für die innerparteiliche Bildungsarbeit einzusetzen. Dies ist eine wichtige Basis für den Neuanfang eines systematischen parteiinternen Aufbaus. Einen Münchhausen-Effekt, das heisst, dass sich die Partei am Zopf ihrer eigenen Bildungsarbeit aus dem Sumpf zu ziehen vermag, darf man nicht oder sicher nicht kurzfristig erwarten.

Aber wo systematisch und viele Jahre hinaus Bildungsarbeit geleistet wurde, hat sich dies in einer besseren Partei- und Fraktionsarbeit ausgezahlt. Dies behauptet Peter von Oertzen; dies ist die Erfahrung anderer Sozialdemokratischen Parteien Europas.

Mitarbeit im Staat

Das Lähmungsbild der Partei vervollständigt sich in der Erkenntnis, dass *intern* eine Vertrauenslücke besteht: *Eine breite Mitgliedschaft in der Partei erkennt ihre Wünsche und Ziel nicht mehr im Handeln ihrer Regierungsvertreter und Fraktionen wieder.*

Das sozialdemokratische Verständnis einer *breiten* Basis — es sind nicht nur die lautstarken linken Meinungsgruppen — findet sich im Spiegel der Regierungsarbeit zu wenig wieder. Und dies wirkt sich auf lange Frist verheerend aus, weil es die

Leute lähmt und desengagiert. Wofür arbeitet ein Genosse, eine Genossin jahrelang aktiv in der Partei, wenn nicht auch dafür, dass sein/ihr Wünschen und Wollen wenigstens teilweise in die staatlichen Organe hineinwirkt?

Die Politik der SP innerhalb der Regierungen und Parlamente ist auf weite Strecken eine *Politik in der ersten Person Einzahl*. Das Fernsehen und der auf Informationspiraterie basierende sogenannte «Recherchierjournalismus» tragen das Ihrige dazu bei.

Die interne Vertrauenslücke hat ihre Ursache auf beiden Seiten: einerseits das Unverständnis der Mitgliedschaft über die Mechanismen, die Möglichkeiten und Grenzen bei der Arbeit in Regierung und Parlamenten. Aber andererseits auch die abgekoppelte Eigendynamik dieser Arbeit. Etwa die Eigenmechanik der eidgenössischen Fraktion, bei der die Macht ganz stark im Fraktionsvorstand zentralisiert ist; der zum Teil verstopfte Kommunikationsprozess zwischen Partei und Fraktion; — all dies enthält langfristigen Sprengstoff und bedarf des Überdenkens.

Mit irgendwelchen juristischen Mitteln die Fraktion oder die Behördenvertreter stärker an die Kandare zu nehmen, wäre unergiebig und falsch. Aber der *Durchsickerungsprozess* hin und her zwischen Fraktionen und Parteiorganen muss verbessert, verflüssigt werden. Verstopfte Kanäle müssen gereinigt, neue direktere Kanäle ausgehoben werden.

Keiner und keine hätten das Legitimationsproblem treffender formulieren können als Willi Ritschard in seiner berühmt gewordenen «Kapuzinerpredigt» vor den sozialdemokratischen Regierungsräten am 23. Januar 1981:

«So etwa ist unsere Partei: unbequem, manchmal ungerecht,

inkonsequent, intolerant, gelegentlich zum Verleiden. *Aber unsere Legitimation in einer Regierung zu sitzen, die haben wir von unserer Partei erhalten.* Sie hat uns vorgeschlagen. Und sie hat deshalb auch einige Rechte an uns. Und es soll sich da keiner täuschen. Er mag noch so populär sein, noch so tüchtig in seinem Departement, er kann tausend Höflinge haben, die immer wieder ja sagen zu allem, was er tut; *ohne Verankerung in der Partei, und nur auf das Wohl anderer Parteien oder Nichtorganisierter angewiesen, hängt jeder von uns in der Luft.*» (Rote Revue 3/1981).

Beizufügen bleibt nur, dass diese Worte nicht für Exekutivmitglieder, sondern für Parlamentarier und andere Behördenvertreter unserer Partei gleichermaßen gilt!

Ein langer Atem nötig

Mit diesen drei Stossrichtungen: Öffnung auch für basisdemokratische Arbeitsformen und Bewegungen mittels Arbeitsgemeinschaften, Ermöglichung eines internen Bildungsprozesses, konsequentere Arbeit im Staat, lassen sich nicht von heute auf morgen Berge versetzen. Aber auf die Dauer kann man damit wenigstens Berge aushöhlen. Und durch beharrliches Hineinbohren kann man schliesslich den Berg auch durchstossen. Ich sehe keinen anderen Weg.

Changer le parti pour changer la société. Das ist das gemeinsame Ziel. Aber die SPS ist eine komplexe soziale Organisation. Ein solches Gebilde zu verändern braucht mühsame und unspektakuläre Aufbauarbeit. Mitterand brauchte 20 Jahre seriösen Parteaufbaus, bis seine Partei schlagkräftig war und nach aussen Glaubwürdigkeit entstehen konnte. Wir brauchen dringend eine neue Pro-

grammatik, ein neues Selbstverständnis, denn das 59er Programm ist endgültig überholt.

Das braucht einen langen mühsamen Prozess, von dem ich mir viel verspreche. Aber mit ungeduldiger Taktik, mit einer Coup-Politik, mit dem Durchdrücken radikaler Wortpro-

gramme wird das komplexe Gebilde SPS nicht verändert. Auch dadurch nicht, dass einige Eckfiguren und Alleingänger links und rechts den politischen Rahmen der SPS abzustecken versuchen. Die Focus-Theorie ist schliesslich auch zum Misserfolg von politischen Desperados geworden.

Hans Peter Tschudi

Der Sozialstaat als Aufgabe

Erhebliche Mängel und Lücken sieht alt Bundesrat Hans Peter Tschudi in unserem sozialen Sicherheitssystem. Im folgenden Artikel stellt er in pragmatischer Weise fest, wie Ausbau und Verstärkung des sozialen Netzes in Zukunft in Angriff genommen werden müssen. Allerdings ist auch der Sozialpolitiker Tschudi der Auffassung, dass die Zukunftsaufgaben vor allem darin bestehen, soziale Schäden und Notlagen zu verhüten.

Im Vordergrund der Zielsetzungen der sozialdemokratischen Partei stehen eindeutig *soziale Gerechtigkeit* und *soziale Sicherheit*. Die Arbeiter, Angestellten und Rentner erwarten von unserer Partei, dass sie sich für den Ausbau des Sozialstaates einsetzt; sie erhoffen, dass die entsprechenden Massnahmen ihnen Erleichterung im Existenzkampf verschaffen werden. Kurt Schumacher hat zweifellos mit Recht erklärt, dass unsere Politik nur ihre Berechtigung hat, wenn sie den Menschen in ihren täglichen Nöten und Leiden etwas Gegenwartsglück bringt.

In den letzten Jahrzehnten konnte das Netz der sozialen Sicherheit wesentlich verstärkt werden. Unsere Anstrengungen haben Erfolge gebracht. Dennoch bestehen erhebliche Mängel und Lücken. Diese werden von den benachteiligten Schichten umso stärker empfunden, weil andere Kreise bereits befriedigende Sozialleistungen be-

ziehen können. Unsere Partei hat die primäre Verpflichtung, gerade für diese wirtschaftlich schwachen und sozial zurückgebliebenen Mitbürgerinnen und Mitbürger einzutreten, und zwar nicht mit stolzen Theorien, sondern mit wirksamen Massnahmen. Damit können wir gleichzeitig der Allgemeinheit wichtige Dienste erweisen. Diese vordringlichen sozialpolitischen Aufgaben werden unsere Aufmerksamkeit und unsere Kräfte noch während einer erheblichen Zeitspanne in Anspruch nehmen.

Die erste Verpflichtung liegt gegenwärtig in der entschlossenen Verteidigung der *bisherigen Errungenschaften*. Der Sozialstaat wird von verschiedenen Seiten vehement angegriffen. Einerseits tritt ein rücksichts- und bedenkenloser Egoismus zu Tage. Andererseits leben alte, extrem materialistische Wirtschaftstheorien wieder auf, die sozialetische Prinzipien völlig ausser Acht lassen. Reaktionäre

Kreise lehnen die Sozialeinrichtungen grundsätzlich ab und möchten angeblich, dass «nur dem wirklich Bedürftigen» geholfen werde, d.h. also, sie wollen auf Fürsorgeleistungen im Geiste des 19. Jahrhunderts zurückfallen. Ihr Ideal ist die Armenpflege. Die positiven Grundlagen der Sozialversicherung, die Eigenvorsorge bzw. Selbsthilfe durch Prämienzahlung und die Solidarität zwischen Reich und Arm, zwischen Gesunden und Kranken etc. wird leichtsinnig aufs Spiel gesetzt. Dass eine solche Politik, wenn wir sie nicht abwehren können, zu schweren sozialen Spannungen und zu einer Gefährdung unseres Staatswesens führen könnte, wird anscheinend übersehen.

Eine weitere ernste Gefahr für den Sozialstaat könnte sich aus den Vorschlägen nach «Kantonalisierung» bestimmter sozialer Einrichtungen ergeben. Die Neuverteilung der Bundes- und der kantonalen Aufgaben im Sinne einer klareren Ordnung und zur Stärkung des Föderalismus erscheint als richtig. Doch muss dafür Sorge getragen werden, dass das für die Eidgenossenschaft ebenso unverzichtbare Prinzip des Sozialstaates nicht Schaden leidet. Föderalismus und Sozialstaat sind durchaus vereinbar.

Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften bedeutet keineswegs, dass alle geltenden Regelungen unverändert erhalten werden sollen. Soweit Leistungen durch die Entwicklung überholt worden sind und sich als unnötig erweisen, müssen sie abgeschafft und die finanziellen Mittel für wichtigere Aufgaben verwendet werden. Die Sozialpolitik darf nicht erstarren; sie muss dynamisch bleiben. Unsere Sozialversicherungen sind nicht aus einem Guss, sondern historisch aus jeweiligen Bedürfnissen und politischen Gegebenheiten entstan-